Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 9. Juli 1930
Mittwoch Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentl. zwölfmal. Bezugspreis monatl. 4.35 RM d. eig. Boten. Durch d. Post 4.35 RM monatl. einschl. 0.60 RM Postzeitungsgeb. Hierzu Bestellgeld. Anzeigenpreis 0.40 RM. Fam.-Anz. u. Stelleng. 0.25 RM die 27 mm br. Millim.-Zeile. Bei unverschuld. Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
Nr. 313

10 Pfennig

Unsere Meinung

Noch immer geht das Rätselraten über die Aussichten des Deckungsprogramms der Regierung. An anderer Stelle berichten wir über die **Ereignisse im Reichstag** und die Parteiführerbesprechung. Aus den gestrigen Vorgängen scheint uns besondere Hervorhebung sowohl die offensichtlich auf Verständigung gestimmte Rede des volksparteilichen Abgeordneten Cremer zu verdienen, wie die vernünftige und sachliche Haltung des Abgeordneten Pfeffer der gleichen Partei im sozialpolitischen Ausschuß. Ueber die Ausschußverhandlungen wird noch weiter unten gesprochen. Wir begreifen durchaus, daß die Regierung auf dem Verhandlungswege mit den Parteien zur Uebereinstimmung zu kommen wünscht. Aber wir warnen wiederholt vor zu großer Nachgiebigkeit. Nur die Regierung hat ein umfassendes und einigermaßen erträgliches Programm, das wir als Voraussetzung für die große Finanzreform im Herbst betrachten. Es ist sinnlos, den Parteien, — sie möchten offensichtlich alle noch eine Extrawurst mit nach Hause nehmen, — ein Entgegenkommen zu zeigen, das die Grenzen des Vertretbaren überschreitet. Auch der durchsichtige Versuch, hinter den Kulissen zu erkennen zu geben, daß man sich gegebenenfalls gar nicht ungern mit dem Artikel 48 vergewaltigen lassen wolle, sollte nach Möglichkeit keine Gegenliebe finden. Der einfachste und vernünftigste Weg ist immer noch, daß die Brüning-Mehrheit vom April den, vielleicht in Kleinigkeiten abgeänderten, Gesetzentwürfen der Regierung zustimmt. Weder die Mehrheit der deutschnationalen Fraktion, noch die Christlichnationalen Bauern und am wenigsten die Deutsche Volkspartei können sich gegenüber den weit über die Deckung eines Etatdefizits hinausreichenden allgemeinen Zukunftsproblemen blind stellen, die hier aufgeworfen sind. Es handelt sich um weit mehr, als um das Schicksal eines beliebigen Kabinetts.

★

In Düsseldorf ist es dem den Deutschnationalen nahestehenden Oberbürgermeister Dr. Lehr in letzter Stunde gelungen, für das von ihm verwaltete Gemeinwesen die Gefahr des Zwangshaushaltes zu vermeiden, **den allgemeinen Bürgersinn** wachzurufen und sich eine Etatmehrheit von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen zu schaffen, obwohl die Deckungsmaßregeln keineswegs nur Schönheitsfehler aufweisen, sondern erhebliche Opfer verlangen. Es fehlte in der Aussprache nicht an Klagen darüber, daß infolge des Vorangehens des Industriegebiets mit dem Lohn- und Preisabbau dort ein einseitiger Kaufkraftabbau eingetreten sei — eine Mahnung an die Regierung, ihre Aktion überall energisch fortzusetzen. Der Düsseldorfer Vorgang zwingt im übrigen zu einem Vergleich nicht nur etwa mit den Verhältnissen in der Reichshauptstadt, die dem Zwangshaushalt kaum mehr entgehen kann, sondern auch mit der Lage im Reich. Das Finanzprogramm der Regierung entspricht zwar keiner denkbaren theoretischen Idealvorstellung. Es ist aber unter allen den vorgetragenen Programmen, die praktisch zur Zeit durchführbar sind, immerhin das Einleuchtendste. Wenn in einigen Zeitungen davon geredet wird, daß eigentlich von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten ziemlich einheitige Auffassungen über die Neuordnung der finanz- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse vertreten würden, und daß diese Auffassungen im Regierungsprogramm nicht berücksichtigt seien, so nötigt das jedem Kenner der Verhältnisse nur ein Lächeln ab. Es wäre z. B. völlig utopistisch, etwa anzunehmen, daß sich Herr Dr. Reinhold und Herr Dr. Oberfohren — abgesehen von ihrer absoluten Gegnerschaft etwa in der Frage der Umsatzsteuer — auch nur über die 100 Millionen Ersparnisse einigen könnten, die an den Sachausgaben vorzunehmen sind und erst recht in der Behandlung des Tributkontos. Diese können vielmehr nur von einem Reichsfinanzminister, der Rückhalt beim Reichskanzler und beim Reichspräsidenten hat, den zweifellos widerstrebenden Ressorts und Interessenten aufgezwungen werden. Man braucht ferner nur an die jedem Sachkenner bekannten außerordentlich scharfen Gegensätze zu erinnern, die zwischen den Christlich-Nationalen Bauern und der Wirtschaftspartei einerseits, der Deutschen Volkspartei andererseits über die in der Tat sehr schwierige Beamtenfrage und das sie berührende Ausgabensenkungsprogramm der Zukunft bestehen. Irgend welche vernünftigen Möglichkeiten, das Regierungsprogramm in den entscheidenden Punkten zu ändern, bestehen jedenfalls nicht. Höchstens ist vielleicht eine Ergänzung denkbar, daß die Einführung der Bürgerabgabe zur Entlastung der Gemeindehaushalte zwecks Erziehung zur Sparsamkeit und zur Schaffung des Spielraums für Realsteuersenkungen noch vor dem zur Zeit geplanten Zeitpunkt erfolgt. Wenn noch Zeit zu verlieren wäre, könnte die Regierung sich das Vergnügen machen, die Parteien miteinander verhandeln zu lassen. Aber abgesehen von dem betrüblichen Bild bürgerlicher Zerspliterung, das zu erwarten wäre und das die Volkspartei schon veranlaßt hat, besonnenerweise einzulenken, ist wirklich ein rasches Handeln erforderlich. Daß die Regierung für den Herbst weitere Reformen plant, ist bekannt. Wie scharf sie ausfallen müssen, wird zum Teil von der Entwicklung der Weltkonjunktur abhängen. Sie werden aber zweifellos von den gleichen Kräften durchgeführt werden müssen, die sich jetzt hinter die Regierung stellen. Das Gleiche gilt natürlich für die weitere Entwicklung der Agrarpolitik, in der Dr. Schiele mindestens den Erfolg errungen hat, daß die Erlöse der deutschen Landwirtschaft von der weiteren Verschärfung der Agrarkrise in der übrigen Welt verschont geblieben sind. Soll das jetzt eingeleitete und im Herbst fortzuführende Reformwerk nur deshalb gefährdet werden, weil kleine und kleinste Grüppchen sich, nur im Neide einig, mit den allerverschiedensten Beweggründen den Notwendigkeiten der Stunde verschließen?

★

Die Vorgänge im sozialpolitischen Ausschuß, mit denen wir uns kürzlich schon beschäftigen mußten, haben am Dienstag Reichsfinanzminister Dietrich und Reichsarbeitsminister Stegerwald veranlaßt, einmal persönlich nach dem Rechten zu sehen. Immer wieder macht sich in diesem Kreis eine Tendenz der sozialpolitischen Fraktionsvertreter bemerkbar, die Vorschläge der eigenen Kabinettsmitglieder in ihrem finanziellen Ergebnis abzuschwächen. Man kann aber nicht **Sozialpolitik im luftleeren Raum** treiben. Man kann nicht auf der einen Seite das Steuerprogramm sowie die Sanierungsmaßnahmen in der Sozialversicherung als ein einheitliches Ganzes behandeln und daraus entsprechende politische Konsequenzen ziehen, um dann wieder in Einzelfragen die verschiedensten Sonderwünsche als Angelpunkt der Reform zu betrachten. Hat es noch nicht genügend Beachtung gefunden, daß in der Reichsratsabstimmung über die Krankenversicherung die preußische Regierung sich hinter den Vorschlag des Reichsarbeitsministers auf Einführung einer Krankenscheingebühr von einer Mark stellte, mit der ausdrücklichen Erklärung, daß das größte deutsche Land — leider nicht in Uebereinstimmung mit anderen Ländern — nicht schon bei der ersten Sanierungsmaßnahme des Reiches Schwierigkeiten und Abschwächungen vorzunehmen wünsche? Wenn in einer sozialpolitisch so umstrittenen Frage ein unter sozialpolitischer Führung stehendes Kabinett die Vorlage der Reichsregierung annimmt, so darf man wohl erwarten, daß auch im sozialpolitischen Reichstagsausschuß die Politik des Reichskabinetts zum mindesten von den eigenen Fraktionen der maßgebenden Minister entschieden unterstützt wird. So ist es unmöglich, daß in dem Augenblick, wo Finanzminister Dietrich die schwersten Kämpfe um die Deckung eines großen Defizits im Reichshaushalt führen muß, ein Antrag aus einer Regierungspartei zur Ausdehnung der Krisenfürsorge eingebracht wird, der eine Mehrausgabe von mehr als 200 Millionen Mark für das Reich mit sich bringt. Die richtige Antwort des verantwortlichen Finanzministers war die Erklärung, daß derartige sozialpolitische Entschließungen zwar gefaßt, vom Reich aber einfach nicht mehr effektuiert werden könnten. Und ebenso berechtigt war Dietrichs Feststellung, daß der sozialpolitische Ausschuß sich bisher noch nicht veranlaßt gesehen habe, geeignete Vorschläge zur Deckung der von ihm gewünschten Ausgaben auszuarbeiten. Mit dem Einwand, daß dieser Ausschuß lediglich die sozialpolitischen Fachfragen ohne Berücksichtigung ihrer finanziellen Auswirkungen und Möglichkeiten zu behandeln habe, kann unsere Kritik nicht abgelehnt werden. Sollte der sozialpolitische Ausschuß sich lediglich auf die sachliche Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen beschränken wollen, dann läge der beste Ausweg darin, daß die wirtschaftlichen Reichstagsausschüsse feststellen, welche Mittel für die Sozialpolitik zur Verfügung stehen, und daß dann der sozialpolitische Ausschuß im Rahmen dieser Ermächtigung über die zweckmäßigste Verwendung der Mittel beschließt. Der umgekehrte Weg ist völlig ausgeschlossen.

Französische Köder für Deutschland

Saar, Kolonialmandate, Korridor, Anschluß — Zwei ungewöhnliche Zeitungsartikel

fs. **Paris**, 8. 7. (Eigenbericht)

Der „Paris Midi" hat heute mittag zwei ungewöhnliche Artikel veröffentlicht, die sich beide mit dem deutsch-französischen Verhältnis befassen. Er will mit Ruhe und Kaltblütigkeit die Zukunft Europas untersuchen. Europa gehe dem Ruin entgegen. England desinteressiere sich. Es gäre am Balkan. Mussolini sehe bereits die Legionen marschieren, und Deutschland suche nach Möglichkeit Nutzen aus der Lage zu ziehen. Aus alledem komme man nur auf eine Weise heraus, nämlich durch loyale deutsch-französische Zusammenarbeit. Deutschland würde einen falschen Weg einschlagen, wenn es sich Italien in die Arme werfe. Frankreich würde sich aber täuschen, wenn es die Sicherung des Friedens von irgendeiner anderen Macht als von Deutschland erwarte.

Deutschland aber könne die Saar, die Kolonialmandate, den Korridor, den Anschluß nicht für ein Butterbrot haben. Man müsse sich einmal ernsthaft zusammensetzen und offen miteinander sprechen. Frankreich und Deutschland zusammen müßten Europa den Frieden geben. Kein wahrer Staatsmann, weder Poincaré noch Briand, würden einem solchen wahrhaft staatsmännischen Plane widersprechen.

Welche Bedeutung kann man solchen Artikeln zubilligen? Nur die, daß sich Bismarcks alter Satz bewahrheitet: Jede Politik ist Bündnispolitik, und jede Möglichkeit einer Politik beginnt erst dort, wo sich Möglichkeiten zu Bündnissen bieten. Die Möglichkeiten für die europäischen Mächte, Bündnisse zu schließen, die sich etwa gegen Frankreich richten könnten, zwingt hier manchen zum Nachdenken.

Das ist aber auch alles. Derartige Zeitungsartikel wiegen federleicht gegenüber der internationalen Lage, wie sie wirklich ist, und der Politik, die Frankreich mit seinen Bundesgenossen treibt. Sie sind heute Gegenstand der Unterhaltung und morgen vergessen.

Die Realitäten sehen ganz anders aus und sind so beschaffen, daß solchen Gedanken kein dauernder Platz zukommen kann. Die Politik bedient sich solcher Artikel höchstens, um Italien zu schwächen oder um Deutschland zu ködern. Und deshalb muß man immer wieder vor ihnen warnen.

Der Artikelschreiber des „Paris Midi" fragt, ob die französische Politik Deutschland gegenüber logisch gewesen sei, ob nicht der Leiter der französischen Politik durch innerpolitische Rücksichten gebunden sei und ob er nicht gezwungen sei, seine Pläne so auszuführen, daß er sie eigentlich nicht ausführe, obwohl er sie ausführe.

Solche Betrachtungen kann man in der Tat von Politikern angestellt hören und nicht nur von dem Redakteur des „Paris Midi". Richten sie sich gegen Tardieu? Richten sich gegen Briand? Es gibt auch andere Aspiranten auf den Posten des Außenministers. Herriot möchte sicherlich gern diese Rolle übernehmen.

Bleibt man auch hier auf dem Boden der Tatsache, so kann man nur feststellen, daß die Kammer unruhiger und nervöser und die innerpolitische Lage unsicherer ist als noch vor kurzem. Das Verhältnis zu Italien, das Schicksal des Briandschen Memorandums (obgleich im Grunde wohl niemand zweifelt, daß sich Briand geschickt aus der Affäre zu ziehen verstehen wird, denn es bleibt ihm immer frei zu sagen, daß er ja nur als Beauftragter handelte und seine Pflicht erfüllt habe, indem er unangenehme Antworten einsammelte), die vollzogene Räumung, die Demonstrationen im Rheinland, überall sieht es — vom französischen Standpunkt aus — nicht sehr schön aus. In der Saarfrage haben die extremen Elemente, die Anhänger einer offenbar annexionistischen Politik, gerade einen Erfolg errungen.

Und vielleicht vor allem: Man will in die Ferien. Ein altes Parlamentsrezept sagt: Nach dem 14. Juli stürzt jede Regierung. Tardieu ist heute in dieser unruhigen und ferienbereiten Zeit beinahe zum Sturz gekommen.

Im Senat hat er bei der Abstimmung über eine an sich belanglose innerpolitische Frage eine Mehrheit von nur fünf Stimmen bekommen. Zu der Kammer ist das Petroleumgesetz zunächst zurückgestellt worden und wird vor den Ferien nicht mehr zur Beratung kommen, obgleich die Regierung großen Wert auf das Gesetz gelegt und seine Verabschiedung vor den Ferien energisch verlangt hatte. Mit 297 gegen 275 Stimmen blieb die Regierung in der Minderheit. Indessen hatte Tardieu in richtiger Erkenntnis der Sachlage nicht die Vertrauensfrage gestellt.

Immerhin hatte sich die Regierung auf das Gesetz sehr stark festgelegt, und die Niederlage gehört zu den schwersten, die Tardieu bisher erlitt. In den Abendstunden hat Tardieu allerdings in einer kleinen Frage, die er geschickt dazu ausnutzte, um auf alles hinzuweisen, was er für die Landwirtschaft getan hat, eine Majorität von 63 Stimmen erhalten. Aber man kann sagen, Ueberraschungen sind nicht ausgeschlossen.

Die Saarregierung will nicht „kompetent" sein

fs. **Paris**, 8. 7. (Eigenbericht)

Was die Beratungen der Saar-Kommission anbetrifft, die am 10. Juli über die Frage der Zurückziehung des sogenannten Bahnschutzes entscheiden soll, so rechnet man in politischen Kreisen damit, daß die Kommission für diese Frage nicht als kompetent erklärt wird.

Sie wird wohl die Auffassung vertreten, daß sie berechtigt ist, jede Reduktion der Stärke der Truppen von sich aus zu bestimmen, nicht aber sich in der prinzipiellen Frage der Zurückziehung derselben für kompetent zu erklären.

Es ist zwar nicht zu ersehen, wie die Kommission an dem klaren Sachverhalt vorübergehen kann, daß der Bahnschutz nur zur Sicherung der Besatzungstruppen bestimmt war, sie wird aber vermutlich den Standpunkt einnehmen, daß dieser Beschluß auf den Völkerbund zurückgehe und daher nur der Völkerbund ihn wieder rückgängig machen könne, nachdem der Zweck der Truppen nach der Räumung des Rheinlands gegenstandslos geworden ist.

Polen soll sich auf seine Wohnstube beschränken

Kowno, 8. 7.

Das litauische Regierungsblatt „Lietuvos Aidas" wendet sich mit scharfer und ironischer Kritik gegen die „Panikmacherei" der polnischen Presse anläßlich der Rheinlandräumung. Wenn Polen jetzt ein Vorgehen Deutschlands in der Frage des Danziger Korridors befürchte, so müsse man demgegenüber zu der klaren Erkenntnis kommen, daß dieser Korridor „ein Pfahl im Fleisch Deutschlands" sei, und daß es sehr verständlich wäre, wenn Deutschland ihn loswerden will. Selbst in Frankreich mehrten sich die Stimmen, die die Rückgabe des Korridors an Deutschland als selbstverständlich ansehen.

Aber in Polen könne und wolle man nicht einsehen, daß die ganze „Korridor-Politik" dem polnischen Volk nur Sorgen aufgeladen habe. Polen habe außer dem Danziger Korridor noch den Wilna-Korridor und den westukrainischen Korridor geschaffen, anstatt sich „auf seine eigene Wohnstube zu beschränken." Auf diese Beschränkung werde es wohl oder übel doch einmal eingehen müssen. Jedenfalls solle Polen nicht versuchen, jetzt die anderen osteuropäischen Staaten wegen der Rheinlandräumung zu alarmieren.

Die Parteiführer-besprechung

Anregungen zum Deckungsprogramm

Dienstag abend 8 Uhr versammelten sich die Führer der hinter der Regierung stehenden Parteien in der Reichskanzlei, um unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und unter Teilnahme der Mehrzahl der Kabinettsmitglieder erneut das Deckungsprogramm zu beraten.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte am Nachmittag — im Zuge der schon angekündigten Einzelbesprechungen — eine Sonderkonferenz mit dem volksparteilichen Führer Dr. Scholz gehabt. Diese Besprechung hatte eine gewisse Annäherung ergeben. Nachdem Dr. Scholz in den Reichstag zurückgekehrt war, fand eine Sitzung der volksparteilichen Reichstagsfraktion statt. Es wurde festgestellt, daß die Wünsche der Volkspartei nach folgender Richtung laufen: Beseitigung des Sprozentigen Einkommensteuerzuschlags gegen stärkere Abstriche am Etat, Einführung der Kopfsteuer in den Gemeinden zum Herbst, Streichung des § 163 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, der die unbegrenzte Darlehnspflicht des Reiches enthält.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte für seine Person zugesagt, diese Anregungen in der Parteiführerbesprechung zur Erörterung zu stellen.

Die volksparteiliche Fraktion faßte keinen neuen ausdrücklichen Beschluß, sondern war der Ansicht, daß nunmehr zunächst die Stellungnahme der übrigen Kabinettsmitglieder, besonders des Reichsfinanzministers Dietrich, und die Haltung der Parteien, besonders des Zentrums, abgewartet werden müsse.

Die Verhandlungen der Parteiführer begannen mit einem Zwischenspiel. Sie zogen sich bis gegen Mitternacht hin. In politischen Kreisen glaubt man, mit gewissen Verständigungsmöglichkeiten rechnen zu dürfen, zumal auch Besprechungen, die im Laufe des Dienstags mit anderen Gruppen stattgefunden haben, Fortschritte zeitigten.

Nach Abschluß der Parteiführerbesprechung wurde amtlich mitgeteilt, daß die Parteiführer zu diesem Deckungsprogramm eine Reihe von Anregungen vorgebracht hätten. Zu diesen Einzelheiten will das Reichskabinett Mittwoch nachmittag seine Entscheidung treffen und dann die endgültige Stellungnahme der Parteien herbeiführen.

Wie wir ergänzend erfahren, hat es sich bei den „Anregungen", die in der Parteiführerbesprechung vorgebracht wurden und heute dem Kabinett vorliegen werden, im wesentlichen nur noch darum gehandelt, daß § 163 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes beseitigt und daß zur Entlastung der Gemeinden sofort an die Einführung der Bürgerabgabe herangegangen wird. Die Aufhebung des Einkommensteuerzuschlages kommt offenbar nicht mehr in Frage.

Die heutige Entscheidung wird vornehmlich davon abhängen, ob Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sich mit der Aufhebung des § 163 einverstanden erklärt.

★

Der Steuerausschuß des Reichstages ist erst für Donnerstag vormittag 10 Uhr einberufen worden, so daß der Mittwoch für weitere Besprechungen zur Verfügung steht.

Neue deutsch-polnische Kommission

Zur abschließenden Prüfung der Grenzzwischenfälle

WTB. meldet:

In Verhandlungen über die Zwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze haben sich die deutsche und die polnische Regierung dahin geeinigt, den Sachverhalt durch je einen Beamten der beiden Regierungen einer gemeinsamen abschließenden Prüfung unterziehen zu lassen. Diese Kommission wird ihre Tätigkeit unverzüglich beginnen.

Amerikas Ueberlegenheit zur See

Die Sondertagung des Kongresses

Washington, 8. 7. (Sonderdienst der „DAZ")

Der Kongreß begann heute seine Sondertagung für die Ratifikation des Londoner Flottenvertrages von 1930. Die erste Rede hielt Senator Swanson, der für eine sofortige Ratifikation eintrat. Swanson erklärte, die Ablehnung des Vertrages durch das amerikanische Parlament würde in London und Tokio als eine Warnung interpretiert werden, daß die Vereinigten Staaten eine Zeit des Imperialismus begonnen hätten in der Absicht, die Herrschaft an sich zu reißen und die Geschicke von Nationen zu kontrollieren, die, wie Großbritannien und Japan, von der See abhängig seien.

Die Vereinigten Staaten erreichen durch diesen Flottenvertrag die absolute Seeherrschaft in der westlichen Hemisphäre. Die amerikanische Marine würde in Zukunft die Oberherrschaft in den Gewässern des östlichen Pazifik und des westlichen Atlantik besitzen. Mit der Marinebasis in Panama würde in Zukunft die amerikanische Flotte im Atlantik eine Ueberlegenheit über die englische Flotte im Verhältnis von mindestens 5 zu 3 besitzen.